

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2017/13387]

25 DECEMBRE 2016. — Loi portant des dispositions diverses en matière sociale. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 25 décembre 2016 portant des dispositions diverses en matière sociale (*Moniteur belge* du 29 décembre 2016, *err.* du 16 janvier 2017).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2017/13387]

25 DECEMBER 2016. — Wet houdende diverse bepalingen inzake sociale zaken. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 25 december 2016 houdende diverse bepalingen inzake sociale zaken (*Belgisch Staatsblad* van 29 december 2016, *err.* van 16 januari 2017).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2017/13387]

**25. DEZEMBER 2016 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales
Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 25. Dezember 2016 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

**FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST SOZIALE SICHERHEIT, FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST
BESCHÄFTIGUNG, ARBEIT UND SOZIALE KONZERTIERUNG UND FÖDERALER ÖFFENTLICHER
DIENST FINANZEN****25. DEZEMBER 2016 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales**

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmung

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

KAPITEL 2 — Abänderungen des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer

Abschnitt 1 — Aufträge des Landesamtes für soziale Sicherheit

Art. 2 - Artikel 5/1 des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Juli 2016, wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„In diesem Fall sind sowohl für die Beiträge als auch für die Beitragszuschläge und Verzugszinsen die Einziehungs- und Beitreibungsverfahren dieselben wie diejenigen, die durch vorliegendes Gesetz vorgesehen sind.“

Art. 3 - Artikel 5/2 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Juli 2016, wird durch einen Paragraphen mit folgendem Wortlaut ergänzt:

„§ 4 - Für die Anwendung des vorliegenden Artikels sind sowohl für die Beiträge als auch für die Beitragszuschläge und Verzugszinsen die Einziehungs- und Beitreibungsverfahren dieselben wie diejenigen, die durch vorliegendes Gesetz vorgesehen sind.“

Art. 4 - Artikel 5/3 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Juli 2016, wird durch folgende Wörter ergänzt: „, gemäß den in diesem Gesetz festgelegten Regeln.“

Art. 5 - Die Artikel 8/3 bis 8/4 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. Juli 2016 zur Zuweisung neuer Einziehungsaufgaben an das Landesamt für soziale Sicherheit, zur Integrierung bestimmter Aufträge und eines Teils des Personals des Amtes für die Sonderregelungen der sozialen Sicherheit in das Landesamt für soziale Sicherheit sowie zur Regelung bestimmter Angelegenheiten in Bezug auf Famifed und den Föderalen Pensionsdienst, die am 1. Januar 2017 in Kraft treten, werden aufgehoben.

Art. 6 - In Artikel 19 desselben Gesetzes, wieder aufgenommen durch das Gesetz vom 10. Juli 2016, werden die Wörter „in Artikel 20 erwähnten“ aufgehoben.

Art. 7 - Artikel 20 desselben Gesetzes, wieder aufgenommen durch das Gesetz vom 10. Juli 2016, wird aufgehoben.

Art. 8 - Artikel 42 Absatz 6 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 10. Juli 2016 zur Zuweisung neuer Einziehungsaufgaben an das Landesamt für soziale Sicherheit, zur Integrierung bestimmter Aufträge und eines Teils des Personals des Amtes für die Sonderregelungen der sozialen Sicherheit in das Landesamt für soziale Sicherheit sowie zur Regelung bestimmter Angelegenheiten in Bezug auf Famifed und den Föderalen Pensionsdienst, das am 1. Januar 2017 in Kraft tritt, wird wie folgt ersetzt:

„Die Schuldforderungen des Landesamtes für soziale Sicherheit in Bezug auf unrechtmäßig gezahlte Beteiligungen, die in Artikel 8/2 erwähnt sind, verjähren in fünf Jahren nach dem Tag der Zahlung. Die gegen das Landesamt erhobenen Klagen auf Zahlung der vorerwähnten zu entrichtenden Beteiligungen verjähren in fünf Jahren nach dem Tag ihrer Fälligkeit.“

Abschnitt 2 — Verjährung

Art. 9 - In Artikel 42 Absatz 6 Nr. 2 desselben Gesetzes werden die Wörter „in Artikel 30bis“ jeweils durch die Wörter „in den Artikeln 30bis und 30ter“ ersetzt.

Abschnitt 3 — Inkrafttreten

Art. 10 - Vorliegendes Kapitel tritt am 1. Januar 2017 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 2, der mit 1. Januar 2016 wirksam wird.

KAPITEL 3 — *Abänderungen des Gesetzes vom 29. Juni 1981 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze der sozialen Sicherheit für Lohnempfänger*

Art. 11 - In Artikel 24 des Gesetzes vom 29. Juni 1981 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze der sozialen Sicherheit für Lohnempfänger, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 10. Juli 2016, wird ein § 2*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“§ 2*bis* - In Abweichung von den Bestimmungen von § 1 wird ein Teil der in Artikel 22 § 2 Buchstabe *a*) erwähnten globalisierten finanziellen Mittel dem Föderalen Pensionsdienst für die Finanzierung der Pensionen der statutarischen Personalmitglieder zugewiesen, die dem Solidarischen Pensionsfonds der provinziellen und lokalen Verwaltungen angeschlossen sind.

Dieser Betrag in Höhe von 47.000.000 EUR auf Jahresbasis (Basis 2015 = 100) wird jährlich an die Schwankungsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex angeglichen.”

Art. 12 - Artikel 74 des Gesetzes vom 25. April 2014 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich der sozialen Sicherheit wird aufgehoben.

Art. 13 - Vorliegendes Kapitel tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

KAPITEL 4 — *Abänderung des Gesetzes vom 30. März 1994 zur Festlegung sozialer Bestimmungen*

Art. 14 - In das Gesetz vom 30. März 1994 zur Festlegung sozialer Bestimmungen wird ein Artikel 69*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Der Föderale Öffentliche Dienst Inneres ist mit der Zahlung der in Artikel 69 Nr. 1 und 3 erster Gedankenstrich erwähnten jährlichen oder mehrjährigen Beihilfen für die Umsetzung eines Programms in Bezug auf die gesellschaftlichen Probleme im Bereich Sicherheit und für die Verwirklichung von Initiativen in Sachen Verbrechenverhütung an die vom Minister des Innern bestimmten lokalen Behörden beauftragt.

Der Föderale Öffentliche Dienst Justiz ist mit der Zahlung der in Artikel 69 Nr. 4 erwähnten jährlichen oder mehrjährigen Beihilfen an die lokalen Behörden oder an die anderen in Artikel 69 Absatz 6 desselben Gesetzes erwähnten Empfänger beauftragt, die vom Minister des Innern und dem Minister der Justiz bestimmt werden.

Diese Beihilfen gehen zu Lasten eines spezifischen Haushaltsplanartikels, der im allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan eingetragen ist.”

Art. 15 - Im Gesetz vom 30. März 1994 zur Festlegung sozialer Bestimmungen wird Artikel 69 Absatz 1 Nr. 4 wie folgt ersetzt:

“4. einer Zulage für die Ausführung eines Auftrags oder einer Zulage für Personalkosten, Aktionsmittel für zusätzliche Anwerbungen sowie Funktionskosten für die Begleitung einer gemeinnützigen Arbeit, einer Arbeitsstrafe, einer Ausbildung und einer Behandlung im Rahmen einer gerichtlichen Maßnahme, wenn die lokale Behörde hierzu eine Vereinbarung mit dem für Justiz zuständigen Minister schließt.”

KAPITEL 5 — *Abänderung des Gesetzes vom 24. November 2011 zur Gewährleistung einer dauerhaften Finanzierung der Pensionen der endgültig ernannten Personalmitglieder der provinziellen und lokalen Verwaltungen und der lokalen Polizeizonen, zur Abänderung des Gesetzes vom 6. Mai 2002 zur Schaffung des Pensionsfonds der integrierten Polizei und zur Festlegung besonderer Bestimmungen in Sachen soziale Sicherheit und zur Festlegung verschiedener Abänderungsbestimmungen*

Art. 16 - 19 - [Bestimmungen zur Abänderung des Gesetzes vom 24. November 2011 zur Gewährleistung einer dauerhaften Finanzierung der Pensionen der endgültig ernannten Personalmitglieder der provinziellen und lokalen Verwaltungen und der lokalen Polizeizonen, zur Abänderung des Gesetzes vom 6. Mai 2002 zur Schaffung des Pensionsfonds der integrierten Polizei und zur Festlegung besonderer Bestimmungen in Sachen soziale Sicherheit und zur Festlegung verschiedener Abänderungsbestimmungen]

KAPITEL 6 - *Abänderungen des Gesetzes vom 3. Juli 1967 über die Vorbeugung von oder den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor*

Art. 20 - In Artikel 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 3. Juli 1967 über die Vorbeugung von oder den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 17. Mai 2007, werden zwischen den Wörtern “klassiert sind,” und den Wörtern “jedoch nur in Bezug auf” die Wörter “und der öffentlich-rechtlichen Aktiengesellschaften ‘Brussels South Charleroi Airport Security’, ‘Liege Airport Security’ und ‘le circuit de Spa-Francorchamps’,” eingefügt.

Art. 21 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 1/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 1/1 - Vorliegendes Gesetz findet keine Anwendung auf Personalmitglieder von HR Rail, die der NGBE oder Infrabel zur Verfügung gestellt werden oder auch nicht, unabhängig davon, ob sie an HR Rail statutarisch gebunden sind oder im Rahmen eines Arbeitsvertrags eingestellt sind.”

Art. 22 - Artikel 20 wird wirksam mit 1. April 2016. Artikel 21 wird wirksam mit 1. Januar 2014.

KAPITEL 7 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 5. November 2002 zur Einführung einer unmittelbaren Beschäftigungsmeldung in Anwendung des Artikels 38 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen*

Art. 23 - In Artikel 3 § 1 Nr. 2 des Königlichen Erlasses vom 5. November 2002 zur Einführung einer unmittelbaren Beschäftigungsmeldung in Anwendung des Artikels 38 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 27. März 2003 und 3. Juli 2005, wird das Wort “17,” aufgehoben.

Art. 24 - Vorliegendes Kapitel tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

KAPITEL 8 — *Abänderung des Programmgesetzes vom 10. August 2015*

Art. 25 - [Abänderung des französischen Textes]

Art. 26 - Vorliegendes Kapitel tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

KAPITEL 9 — *Übertragung des Erlöses aus dem Verkauf einer Gesamtheit von unbeweglichen Gütern durch die Föderalagentur für Familienbeihilfen an die LASS-Globalverwaltung*

Art. 27 - Die Föderalagentur für Familienbeihilfen überträgt der LASS-Globalverwaltung einen Betrag von 501.124 EUR, das heißt den Nettoerlös aus dem Verkauf der Gesamtheit der unbeweglichen Güter gelegen in 2000 Antwerpen, Van Eycklei 48-50 und 51 sowie Jacob Jordaenstraat 16-18, Eigentum der Agentur.

Art. 28 - Vorliegendes Kapitel tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

KAPITEL 10 — *Abänderung des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit*

Art. 29 - In Artikel 11bis § 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit, eingefügt durch das Gesetz vom 8. April 2003, wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der Absatz 3 wird, ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Die Zentrale Datenbank kann zu diesem Zweck nach Ermächtigung seitens des Sektoriellen Ausschusses der sozialen Sicherheit und der Gesundheit die erforderlichen personenbezogenen Sozialdaten während eines bestimmten Zeitraums einholen und speichern und sie den gewährenden Instanzen mitteilen.”

Art. 30 - Vorliegendes Kapitel wird wirksam mit 1. April 2016.

KAPITEL 11 — *Abänderung der am 3. Juni 1970 koordinierten Gesetze über die Vorbeugung von und die Entschädigung für Berufskrankheiten*

Art. 31 - Artikel 49 der am 3. Juni 1970 koordinierten Gesetze über die Vorbeugung von und die Entschädigung für Berufskrankheiten, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 30. März 1978 und 10. Juni 2001 und durch die Gesetze vom 9. Juli 2004 und 13. Juli 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

“Für die Anwendung von Absatz 1 wird Artikel 34 Absatz 1 von Kapitel II Abschnitt 4 des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle durch folgende Bestimmung ersetzt:

‘Unter ‘Grundentlohnung’ versteht man die Entlohnung, auf die der Arbeitnehmer für den Zeitraum der dem Antrag vorausgehenden vier vollständigen Quartale aufgrund der im Unternehmen ausgeübten Funktion Anrecht hat’; in Artikel 36 § 2 Absatz 1 des vorerwähnten Abschnitts sind die Wörter ‘des Unfalls’ durch die Wörter ‘des Antrags’ zu ersetzen; in Artikel 38 des vorerwähnten Abschnitts sind die Wörter ‘der Unfall’ durch die Wörter ‘die Berufskrankheit’ zu ersetzen; in Artikel 39 des vorerwähnten Abschnitts sind die Wörter ‘am Datum des Unfalls’ durch die Wörter ‘am Datum des Beginns der Entschädigung für Arbeitsunfähigkeit’ zu ersetzen.”

2. Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.

3. Zwischen Absatz 5 und Absatz 6 wird ein Absatz, der Absatz 4 wird, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Wenn ein neuer Zeitraum zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit oder eine bleibende Arbeitsunfähigkeit im Rahmen einer Revision von Amts wegen anerkannt wird, entspricht die Grundentlohnung der Entlohnung, auf die der Arbeitnehmer für den Zeitraum der vier vollständigen Quartale Anrecht hatte, die dem Datum der im Rahmen dieser Revision von Amts wegen durchgeführten ärztlichen Untersuchung vorausgehen.”

4. Die Absätze 6 und 7 werden durch einen Absatz, der Absatz 5 wird, mit folgendem Wortlaut ersetzt:

“Wenn das Opfer während des Zeitraums der dem Antrag vorausgehenden vier vollständigen Quartale keine Berufstätigkeit mehr ausgeübt hat, entspricht die Grundentlohnung der Entlohnung, auf die der Arbeitnehmer für den Zeitraum der letzten vier vollständigen Quartale Anrecht hat, in denen das Opfer eine Berufstätigkeit ausgeübt hat, indiziert bis zum Datum des Beginns der Entschädigung für Arbeitsunfähigkeit.”

KAPITEL 12 — *Abänderungen des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle*

Art. 32 - Artikel 24 Absatz 4 des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle, abgeändert durch das Gesetz vom 13. Juli 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wörter “mindestens einundzwanzigeinhalb Jahre alt ist” werden durch die Wörter “mindestens neunzehn Jahre alt ist” ersetzt.

2. [Abänderung des niederländischen Textes]

Art. 33 - [Abänderung des niederländischen Textes]

KAPITEL 13 — *Abänderungen des Programmgesetzes vom 27. Dezember 2004*

Art. 34 - Artikel 334 des Programmgesetzes vom 27. Dezember 2004, abgeändert durch das Gesetz vom 22. Dezember 2008, wird wie folgt ersetzt:

“Summen, die einer Person vom Föderalen Öffentlichen Dienst Finanzen oder vom Landesamt für soziale Sicherheit erstattet oder gezahlt werden müssen, können ohne weitere Formalitäten und nach Wahl des zuständigen Beamten verwendet werden für die Zahlung der Summen, die von dieser Person zu entrichten sind und für deren Einnahme und Beitreibung durch oder aufgrund einer Bestimmung mit Gesetzeskraft der Föderale Öffentliche Dienst Finanzen oder das Landesamt für soziale Sicherheit zuständig ist.

Die in Absatz 1 erwähnte Verwendung ohne weitere Formalitäten betrifft Summen gleich welcher Art, die erstattet oder gezahlt werden müssen:

1. im Rahmen entweder der Anwendung der Steuergesetze, die in den Zuständigkeitsbereich des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen fallen, beziehungsweise der Anwendung der Gesetze, die Steuergesetze sind oder nicht, wobei Einnahme und Beitreibung der Zuständigkeit dieses Föderalen Öffentlichen Dienstes unterliegen,

2. oder im Rahmen der Anwendung der Sozialversicherungsgesetze, die in den Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für soziale Sicherheit fallen, wobei Einnahme und Beitreibung der Zuständigkeit dieser Einrichtung unterliegen,

3. oder aufgrund der Bestimmungen des Zivilrechts mit Bezug auf unrechtmäßig gezahlte Beträge,

4. oder aufgrund einer vollstreckbaren gerichtlichen Entscheidung, die im Rahmen der direkt oder indirekt an die Anwendung der vorerwähnten Gesetze gebundenen Klagen ergangen ist.

Die Verwendung ist auf den nicht beanstandeten Teil der Forderungen gegenüber dieser Person begrenzt.

Vorliegender Artikel bleibt im Falle einer Pfändung, einer Abtretung, eines Zusammentreffens oder eines Insolvenzverfahrens anwendbar.”

Art. 35 - Vorliegendes Kapitel tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

KAPITEL 14 — *Bestätigung des Königlichen Erlasses vom 13. Dezember 2016 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 10. Juni 2001 zur Festlegung in Anwendung von Artikel 39 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen des einheitlichen Begriffs des "durchschnittlichen Tageslohns" und zur Harmonisierung einiger Gesetzesbestimmungen*

Art. 36 - Der Königliche Erlass vom 13. Dezember 2016 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 10. Juni 2001 zur Festlegung in Anwendung von Artikel 39 des Gesetzes vom 26. Juli 1996 zur Modernisierung der sozialen Sicherheit und zur Sicherung der gesetzlichen Pensionsregelungen des einheitlichen Begriffs des "durchschnittlichen Tageslohns" und zur Harmonisierung einiger Gesetzesbestimmungen wird bestätigt.

Art. 37 - Vorliegendes Kapitel tritt am 30. Dezember 2016 in Kraft.

KAPITEL 15 — *Abänderung der Gesetze über den Jahresurlaub der Lohnempfänger, koordiniert am 28. Juni 1971*

Art. 38 - In die Gesetze über den Jahresurlaub der Lohnempfänger, koordiniert am 28. Juni 1971, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 16. November 2015, wird ein Artikel 33bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Das Landesamt übermittelt der mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragten Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen die Akten säumiger Schuldner im Hinblick auf die Beitreibung unrechtmäßig getätigter Zahlungen gemäß Artikel 3 und folgenden des Domonialgesetzes vom 22. Dezember 1949.

Verfolgungs- und Gerichtskosten, Entschädigungen und andere Aufwendungen, zu denen vorerwähnte Verwaltung verurteilt wird, bleiben zu Lasten des Landesamtes und können von dieser Verwaltung auf den zurückgeforderten Betrag einbehalten werden."

KAPITEL 16 — *Abänderungen des Gesetzes vom 16. August 2016 über die Fusion des Fonds für Arbeitsunfälle und des Fonds für Berufskrankheiten*

Art. 39 - 42 - [Bestimmungen zur Abänderung des Gesetzes vom 16. August 2016 über die Fusion des Fonds für Arbeitsunfälle und des Fonds für Berufskrankheiten]

KAPITEL 17 — *Abänderung des Sozialstrafgesetzbuches*

Art. 43 - Artikel 8 des Sozialstrafgesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 1. Juli 2016, wird durch einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"In Erwartung der Bestellung des in den vorhergehenden Absätzen erwähnten bevollmächtigten leitenden Beamten übt der Beamte, der am 31. Dezember 2016 die Generaldirektion Kontrolle der Sozialgesetze des Föderalen Öffentlichen Dienstes Beschäftigung, Arbeit und Soziale Konzertierung leitet, diese Funktion bis zum 1. Juli 2017 weiter aus."

Art. 44 - Vorliegendes Kapitel tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

KAPITEL 18 — *Abänderungen des Gesetzes vom 16. November 2015 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales*

Art. 45- Artikel 48 des Gesetzes vom 16. November 2015 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales wird wie folgt ersetzt:

"Art. 48 - Vorliegendes Kapitel tritt am 1. Januar 2017 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 47 Nr. 2, der am 1. Januar 2018 in Kraft tritt.

Der König kann für Artikel 47 Nr. 2 das Inkrafttreten auf ein früheres Datum als den 1. Januar 2018 festlegen."

Art. 46- Vorliegendes Kapitel tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

KAPITEL 19 — *Auszahlung und Rückforderung der in Artikel 69 des Gesetzes vom 30. März 1994 zur Festlegung sozialer Bestimmungen erwähnten Beihilfen und Zulagen*

Art. 47 - Ab dem 1. Januar 2017 wird die Zuständigkeit in Sachen Auszahlung und Rückforderung der in Artikel 69 des Gesetzes vom 30. März 1994 zur Festlegung sozialer Bestimmungen erwähnten Beihilfen und Zulagen, die derzeit dem ASRSS, das ab dem 31. Dezember 2016 nicht mehr fortbesteht, auf der Grundlage von Artikel 21 des Gesetzes vom 12. Mai 2014 zur Schaffung des Amtes für die Sonderregelungen der sozialen Sicherheit anvertraut ist, den jeweiligen Zuständigkeiten entsprechend dem FÖD Inneres beziehungsweise dem FÖD Justiz übertragen.

Diese Zuständigkeit betrifft ebenfalls die Auszahlung und Rückforderung der Rechte und Forderungen vor 2017.

Der Restbetrag dieser Beihilfen und Zulagen zu Lasten eines spezifischen Haushaltsplanartikels, der im Haushaltsplan des ASRSS eingetragen ist, wird am 31. Dezember 2016 der Staatskasse zugeführt.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 25. Dezember 2016

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Beschäftigung
K. PEETERS

Der Minister des Innern
J. JAMBON

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten
M. DE BLOCK

Der Minister der Pensionen
D. BACQUELAINE

Der Minister der Finanzen
J. VAN OVERTVELDT

Der Minister der Selbständigen

W. BORSUS

Der Minister des Öffentlichen Dienstes

S. VANDEPUT

Der Minister der Mobilität

Fr. BELLOT

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

K. GEENS

SERVICE PUBLIC FEDERAL STRATEGIE ET APPUI

[C - 2017/13372]

18 SEPTEMBRE 2017. — Arrêté royal portant répartition partielle, pour ce qui concerne des dédommagements et des frais de justice, du crédit provisionnel inscrit au programme 03-41-1 du budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2017 et destiné à couvrir des frais de justice et dédommagements, arriérés de primes de développement des compétences, cybersécurité, investissements en Défense et autres dépenses diverses

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 25 décembre 2016 contenant la loi du budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2017, l'article 2.03.2;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 7 septembre 2017;

Considérant qu'un crédit d'engagement et de liquidation provisionnel de 374.175.000 euros, destiné à couvrir des frais de justice et dédommagements, arriérés de primes de développement des compétences, cybersécurité, investissements en Défense et autres dépenses diverses, est inscrit au programme 03-41-1, à l'allocation de base 41.10.01.00.01, du budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2017;

Considérant qu'aucun crédit n'est prévu aux sections 12 - SPF Justice. 13 - SPF Intérieur. 16 - Défense. 17 - Police fédérale. 18 - SPF Finances. 19 - Régie des Bâtiments. 25 - SPF Santé publique, Sécurité de la Chaîne alimentaire et Environnement. 33 - SPF Mobilité et Transports du budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2017 pour couvrir les dépenses liées aux dédommagements et frais de justice pour le troisième trimestre 2017;

Considérant que les SPF susmentionnés doivent payer des dédommagements et/ou des frais de justice et qu'un paiement tardif peut entraîner le paiement d'intérêts de retard;

Considérant qu'aucun crédit n'est prévu aux sections 01 - Dotations. 13 - SPF Intérieur. 14 - SPF Affaires étrangères, Commerce extérieur et Coopération au Développement. 19 - Régie des Bâtiments. 23 - SPF Emploi, Travail et Concertation sociale. 24 - SPF Sécurité sociale. 25 - SPF Santé publique, Sécurité de la Chaîne alimentaire et Environnement. 32 - SPF Economie, P.M.E., Classes moyennes et Energie. 33 - SPF Mobilité et Transports. 46 - SPP Politique scientifique du budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2017 pour couvrir les dépenses relatives aux nouvelles initiatives, aux déménagements, à l'impact du saut d'index, au redesign, à la cybersécurité;

Vu la décision du Conseil des ministres du 20 octobre 2016 de réserver au sein de la provision interdépartementale des moyens pour de nouvelles initiatives;

Sur la proposition de Notre Ministre du Budget,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Un crédit d'engagement de 8.676.308 euros et un crédit de liquidation de 7.635.035 euros sont prélevés du crédit provisionnel, inscrit au programme 03-41-1 (allocation de base 41.10.01.00.01) du budget général des dépenses pour l'année budgétaire 2017, et sont répartis conformément au tableau ci-annexé.

Les montants figurant dans ce tableau sont rattachés aux crédits prévus pour l'année budgétaire 2017 aux programmes et allocations de base concernés.

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BELEID EN ONDERSTEUNING

[C - 2017/13372]

18 SEPTEMBER 2017. — Koninklijk besluit houdende gedeeltelijke verdeling, betreffende schadevergoedingen en gerechtskosten van het provisioneel krediet ingeschreven in het programma 03-41-1 van de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2017 bestemd tot het dekken van gerechtskosten en schadevergoedingen, achterstallige premies voor competentieontwikkeling, cybersecurity, investeringen in Defensie en andere diverse uitgaven

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 25 december 2016 houdende de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2017, artikel 2.03.2;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 7 september 2017;

Overwegende dat op het programma 03-41-1, op de basisallocatie 41.10.01.00.01, van de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2017 een provisioneel vastleggings- en vereffeningkrediet is ingeschreven van 374.175.000 euro, bestemd tot het dekken van gerechtskosten en schadevergoedingen, achterstallige premies voor competentieontwikkeling, cybersecurity, investeringen in Defensie en andere diverse uitgaven;

Overwegende dat op de secties 12 - FOD Justitie. 13 - FOD Binnenlandse Zaken. 16 - Landsverdediging; 17 - Federale Politie. 18 - FOD Financiën. 19 - Regie der Gebouwen. 25 - FOD Volksgezondheid, Veiligheid van de Voedselketen en Leefmilieu. 33 - FOD Mobilititeit en Vervoer van de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2017 geen enkel krediet is uitgetrokken om de uitgaven te dekken in verband met schadevergoedingen en gerechtskosten voor het derde trimester 2017;

Overwegende dat de bovenvermelde FOD's schadevergoedingen en/of gerechtskosten moeten betalen en dat een laattijdige betaling nalatighedsinteressen kan veroorzaken;

Overwegende dat op de secties 01 - Dotaties. 13 - FOD Binnenlandse Zaken. 14 - FOD Buitenlandse Zaken, Buitenlandse Handel en Ontwikkelingssamenwerking; 19 - Regie der Gebouwen; 23 - FOD Werkgelegenheid, Arbeid en Sociaal overleg; 24 - FOD Sociale Zekerheid; 25 - FOD Volksgezondheid, Veiligheid van de Voedselketen en Leefmilieu; 32 - FOD Economie, K.M.O., Middenstand en Energie; 33 - FOD Mobilititeit en Vervoer; 46 - POD Wetenschapsbeleid van de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2017 geen enkel krediet is uitgetrokken om de uitgaven te dekken in verband met de nieuwe initiatieven, met de verhuizingen, met het impact van de indexsprong, met de redesign, met de cybersecurity;

Gelet op de beslissing van de Ministerraad van 20 oktober 2016 om binnen de interdepartementale provisie middelen te reserveren voor nieuwe initiatieven;

Op de voordracht van Onze Minister van Begroting,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Een vastleggingskrediet van 8.676.308 euro en een vereffeningkrediet van 7.635.035 euro worden afgenomen van het provisioneel krediet, ingeschreven op het programma 03-41-1 (basisallocatie 41.10.01.00.01) van de algemene uitgavenbegroting voor het begrotingsjaar 2017, en worden verdeeld overeenkomstig de bijgevoegde tabel.

De in deze tabel vermelde bedragen worden gevoegd bij de kredieten die onder de betrokken programma's en basisallocaties zijn uitgetrokken voor het begrotingsjaar 2017.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.